

BVR Research

Volkswirtschaft **Kompakt**

Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, Konjunktur

101. Weltpartag: Sparen in unsicheren Zeiten

Executive Summary

Das Thema Sparen hat in den vergangenen Jahren deutlich an Relevanz gewonnen. Dazu haben verschiedene Entwicklungen beigetragen: die hohe Inflationsrate und die damit gestiegenen Lebenshaltungskosten, anhaltende geo- und wirtschaftspolitische Unsicherheiten, eine konjunkturelle Schwächephase sowie Debatten über die langfristige Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme.

Die privaten Haushalte in Deutschland haben eine im internationalen Vergleich relativ hohe und stabile Sparquote. In seiner Prognose geht der BVR davon aus, dass diese sich im laufenden und kommenden Jahr wieder dem langjährigen Durchschnitt annähern dürfte. Gesamtwirtschaftlich bedeutet dies, dass die Konjunkturimpulse aus dem privaten Verbrauch begrenzt bleiben, während der in der Vergangenheit stützende Außen-

handel zunehmend unter Druck gerät.

Eine Analyse einer exklusiven Umfrage unter Privatpersonen zeigt, dass das Sparbewusstsein in der breiten Bevölkerung hoch ist. Gerade jüngere Menschen sehen eine besonders stark gestiegene Notwendigkeit zu sparen, haben aber gleichzeitig oft nur begrenzte Möglichkeiten.

Zwar lässt sich aus den Daten zum Geldvermögen der privaten Haushalte eine Verschiebung zu renditestärkeren Anlageformen erkennen, doch setzen viele Haushalte weiterhin auf Sicherheit und Liquidität. Neben Fördermöglichkeiten können finanzielle Bildung und qualifizierte Beratung dazu beitragen, den Vermögensaufbau zu stärken.



Inhalt

101. Weltpartag: Sparen in unsicheren Zeiten	2
Dr. Thomas Haas	
BVR Inflationsaussichten	8
Dr. Thomas Haas	
BVR Konjunkturbarometer	9
Dr. Gerit Vogt	

101. Weltspartag: Sparen in unsicheren Zeiten

Zum mittlerweile 101. Mal wird am 30. Oktober 2025 wieder der Weltspartag begangen. Die Initiative wurde 1924 auf dem Internationalen Sparkassenkongress in Mailand ins Leben gerufen und fand im darauffolgenden Jahr erstmals statt. Besonders in der Nachkriegszeit erfreute er sich in vielen Ländern großer Beliebtheit, ist seitdem aber beispielsweise in Frankreich oder der Schweiz fast vollständig verschwunden. In Deutschland hingegen ist er nach wie vor relativ fest im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert.

Gerade in den vergangenen Jahren hat das Thema Sparen wieder an Relevanz gewonnen – sowohl im öffentlichen Diskurs als auch im individuellen Finanzverhalten vieler Menschen. Dazu haben mehrere Entwicklungen beigetragen: eine Phase erhöhter Inflationsraten und damit gestiegene Lebenshaltungskosten, anhaltende geo- und wirtschaftspolitische Unsicherheiten, eine anhaltende konjunkturelle Schwächephase sowie zunehmende Debatten über die langfristige Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme. All diese Faktoren haben das Sparbewusstsein in der Bevölkerung erhöht.

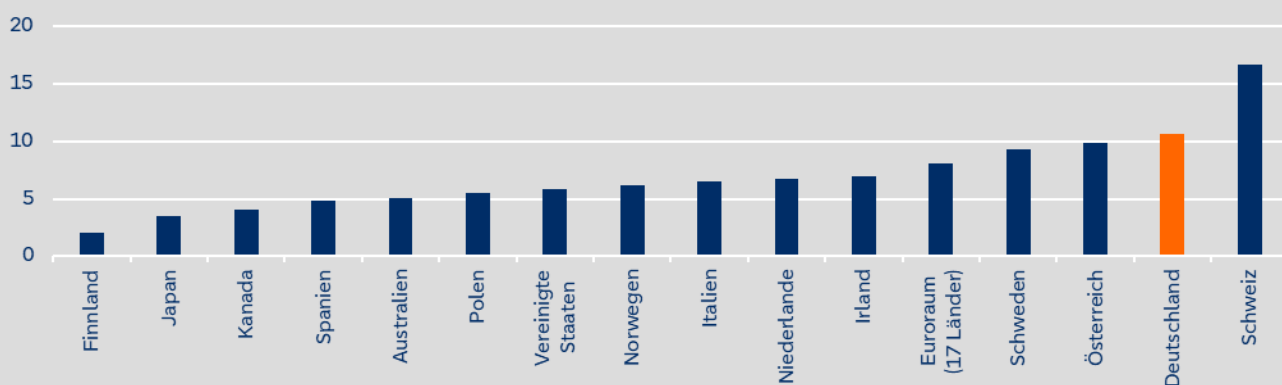
Sparen ist jedoch mehr als nur eine individuelle Reaktion auf Krisen. Es hat sowohl persönliche als auch gesamtgesellschaftliche Dimensionen. Während es für Einzelpersonen wichtig und sinnvoll ist, finanzielle Reserven aufzubauen – etwa für die Altersvorsorge oder für unvorhergesehene Ausgaben –, bedeutet eine hohe Sparquote auf volkswirtschaftlicher Ebene eine Einschränkung des Konsumverhaltens und somit potenziell eine Belastung für die Konjunktur und das Wachstum. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die aktuelle Debatte rund um das Sparverhalten in Deutschland – zwischen traditioneller Tugend und neuen Herausforderungen.

Sparen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht: Zwischen Vorsicht und Wachstumshindernis

Auf volkswirtschaftlicher Ebene spielt die Sparquote der privaten Haushalte eine wichtige Rolle – sowohl als Indikator für das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung als auch für die gesamtwirtschaftliche Dynamik. Mit Beginn der Corona-Pandemie ist die Sparquote in Deutschland stark angestiegen und hat sich seither nur allmählich dem langjährigen Durchschnitt angenähert. Im 2. Quartal 2025 lag sie nach einem unerwartet starkem Anstieg des privaten Konsums zum Jahresanfang saisonbereinigt bei 10,2 % des verfügbaren Einkommens. Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Sparquote der privaten Haushalte in Deutschland weiterhin sehr hoch (Abb. 1).

Das Sparen der Haushalte bildet das Gegenstück zu ihren Konsumausgaben und erfolgt in Form von Sachvermögen – bei Privatpersonen sind dies in erster Linie Immobilien – sowie Geldvermögen in Form von finanziellen Forderungen. Faktoren wie gestiegene Lebenshaltungskosten und Kaufkraftverluste, steigende Energie- und Immobilienpreise sowie erhöhte geo- und wirtschaftspolitische Unsicherheiten und Sorgen um die finanzielle Zukunft können sich direkt auf das Konsumverhalten der Menschen und somit auf ihre Sparneigung auswirken. Statt Ausgaben zu tätigen, entscheiden sich viele Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, ihren Konsum einzuschränken. Dies spiegelt sich auch im privaten Konsum in Deutschland wider. Dieser liegt preisbereinigt deutlich unter dem Trend vor der Corona-Pandemie und entspricht heute in etwa dem Niveau von vor drei Jahren.

Abb. 1: Deutschland mit international hoher Sparquote
in Prozent des verfügbaren Einkommens



Hinweis: Netto-Sparquoten der privaten Haushalte; langfristiger Durchschnitt von 1999 bis 2024.

Quelle: OECD, eigene Berechnungen

Was individuell rational und nachvollziehbar ist, kann gesamtwirtschaftlich jedoch zu einem Problem werden. Ökonomen und Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang vom Sparparadoxon: Jeder Euro, der nicht konsumiert wird, erhöht zwar die Ersparnis des Einzelnen, reduziert aber zugleich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Wenn viele Menschen gleichzeitig sparen wollen, sinkt also die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. In einem solchen Szenario kommen Unternehmen in Schwierigkeiten, da ihre Umsätze sinken. Investitionen bleiben mangels Nachfrage aus, die Produktion und die Arbeitsnachfrage gehen zurück, die Einkommen sinken und paradoxerweise wird die Fähigkeit zu sparen reduziert. Das Wirtschaftswachstum schwächt sich ab und die gesamtwirtschaftliche Lage verschlechtert sich. Es entsteht ein negativer Kreislauf aus Vorsicht und Wachstumsschwäche.

Wachstumsimpulse aus dem Privatsektor bleiben begrenzt

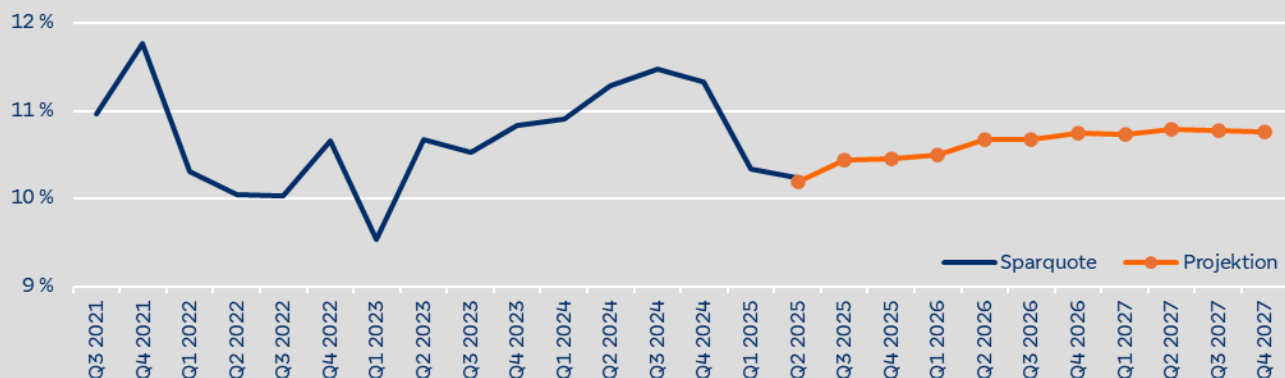
Eine bis zum Ende der 2010er-Jahre stabile wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war trotz des vergleichsweise hohen Sparens der privaten Haushalte, des Nettosparens des Unternehmenssektors und der bis zur Corona-Krise geringen staatlichen Verschuldung durch hohe Leistungsbilanzüberschüsse, also eine Nettoverschuldung des Auslands möglich. Lange war die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft einer der großen Gewinner der Globalisierung. Dieses Geschäftsmodell gerät jedoch zunehmend unter Druck: Einerseits durch De-Globalisierungstrends, umstrukturierte Lieferketten oder die neue US-Handelspolitik. Neben den Einflüssen von außen kommen die Probleme aber auch von innen. In einem kürzlich erschienenen Aufsatz attestierte die Deutsche Bundesbank der deutschen Volkswirtschaft einen zunehmenden Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, der mit deutlichen Marktanteilsverlusten einhergeht. Tatsächlich sind die Wachstumsimpulse aus dem Außenhandel bereits rückläufig und werden es

voraussichtlich auch bleiben. Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich insgesamt seit mindestens sechs Jahren in einer konjunkturellen Schwächephase.

Zumindest vom privaten Konsum scheinen vorerst keine großen Wachstumsimpulse auszugehen: Die Stimmung unter den Verbrauchern bleibt getrübt. Nach Schätzungen des BVR werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im laufenden und im kommenden Jahr jeweils um 2,1 bzw. 2,7 % wachsen. Davon dürften sie im Jahr 2025 etwa 270 Mrd. Euro und im Jahr 2026 knapp 290 Mrd. Euro sparen. Die Sparquote der privaten Haushalte dürfte damit im Jahr 2025 bei 10,4 % und im Jahr 2026 bei 10,6 % des verfügbaren Einkommens liegen (Abb. 2).

Die relativ stabile Sparquote kann unterschiedlich interpretiert werden: Einerseits deutet sie darauf hin, dass auch künftig nur begrenzte Wachstumsimpulse vom privaten Konsum zu erwarten sind. Andererseits zeigt sich aber auch wieder eine gewisse Stabilisierung: Trotz der hohen Unsicherheit liegt die Sparquote unter den Höchstständen der vergangenen Jahre. Dies könnte bedeuten, dass viele Haushalte inzwischen an einer Schwelle angelangt sind, ab der sie nicht mehr zusätzlich sparen können oder wollen – sei es aufgrund von Konsumbedarf oder finanzieller Grenzen durch gestiegene Lebenshaltungskosten. Neben der wirtschaftlichen Unsicherheit wirken aber auch die demografische Entwicklung und eine stärkere Orientierung auf Altersvorsorge auf die Sparquote. Für die Konjunktur bedeutet das: Solange Vertrauen und wirtschaftliche Perspektiven fehlen, bleibt die Sparneigung hoch – und der Konsum verhalten. Es bleibt also vorerst der Staat mit geplanten Mehrausgaben als Impulsgeber. Für ein nachhaltigeres Wachstumsmodell unter den heutigen Gegebenheiten ist es jedoch notwendig, dass diese Impulse auch auf den Privatsektor übergreifen.

Abb. 2: Sparquote dürfte wieder leicht steigen
in Prozent des verfügbaren Einkommens



Hinweis: Die Prognose basiert auf einem Bayesianischen Vektorautoregressiven Modell mit den Variablen Sparquote, verfügbare Einkommen, private Konsumausgaben, Verbraucherpreisindex, zehnjährige Bundrenditen, Arbeitslosenquote, Verbrauchervertrauen und Verbrauchererwartungen zur Arbeitslosigkeit unter Verwendung von Quartalsdaten zwischen Q2 1992 bis Q2 2025.

Quelle: Destatis, Deutsche Bundesbank, LSEG Workspace, Europäische Kommission, eigene Berechnungen

Die individuelle Perspektive: Sparen als rationale Vorsorge mit Hürden

Neben der gesamtwirtschaftlichen Perspektive ist Sparen immer auch eine individuelle Entscheidung, die in den meisten Fällen sinnvoll und sogar notwendig ist. Für viele Menschen bedeutet Sparen vor allem eines: Vorsorge. Sei es für unerwartete Ausgaben, größere Investitionen oder den Ruhestand – die persönliche Absicherung steht im Zentrum individueller Sparanstrengungen.

Umfragen zeigen regelmäßig, dass sich ein Großteil der Bevölkerung der Relevanz des Themas bewusst ist. Besonders auffällig ist die wachsende Sorge um die eigene finanzielle Zukunft. Die Gründe dafür sind vielfältig: Inflation und gestiegene Lebenshaltungskosten, wirtschafts- und geopolitische Unsicherheit sowie Berichte über die Belastung öffentlicher Sozialsysteme und Sorgen um die Altersvorsorge scheinen zuzunehmen.

In einer jährlichen, repräsentativen Umfrage, die Kantar exklusiv für den BVR durchführt, werden Privatpersonen in Deutschland nach ihrem Sparverhalten befragt. Insbesondere werden sie nach ihrer Sparnotwendigkeit gefragt, also dem Betrag, den sie monatlich sparen müssten, um ihre Sparziele zu erreichen. Außerdem werden sie nach ihrer Sparfähigkeit gefragt, also dem maximalen Betrag, den sie monatlich sparen könnten, sowie nach ihrem tatsächlichen Sparbetrag.

Eine Analyse der Umfrageergebnisse nach verschiedenen Altersgruppen zeigt zunächst ein breites Bewusstsein für die Notwendigkeit, Rücklagen zu bilden. Seit der Corona-Pandemie ist die Sparnotwendigkeit im Schnitt über alle Alterskohorten um knapp 40 % angestiegen. Den mit knapp 60 % größten Anstieg verzeichnet dabei die jüngste Kohorte der 14- bis 19-Jährigen.

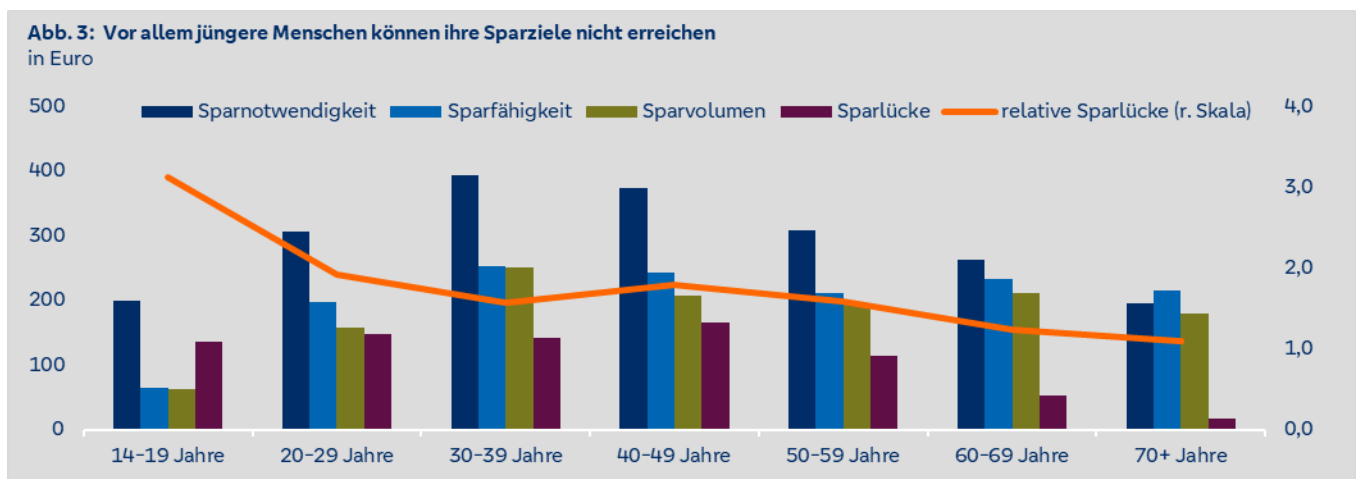
Diese Wahrnehmung einer gestiegenen Sparnotwendigkeit kollidiert allerdings häufig mit den tatsächlichen Möglichkeiten. Die Lücke zwischen dem, was Menschen sparen müssten, um ihre finanziellen Ziele – etwa eine

angemessene Altersvorsorge – zu erreichen, und dem, was sie tatsächlich zurücklegen können, wird immer größer. Gründe dafür sind steigende Lebenshaltungskosten, stagnierende Realeinkommen und teils unzureichende Förderstrukturen, beispielsweise beim Vermögensaufbau oder im Wohnbereich.

Ein Blick auf die Umfrageergebnisse zeigt, dass die Sparnotwendigkeit über alle Altersgruppen hinweg höher ist als der tatsächliche Sparbetrag. Bei den jüngeren Altersgruppen liegt die Lücke zwischen Sparnotwendigkeit und tatsächlichem Sparbetrag relativ nah beieinander und beträgt im Schnitt knapp 150 Euro. Erst in den höheren Altersgruppen nimmt diese Lücke stetig ab. Noch deutlicher wird das Bild bei Betrachtung der relativen Sparlücke, also dem Verhältnis von Sparnotwendigkeit zu Sparbetrag, der Befragten. Sie ist besonders ausgeprägt bei den jüngsten Altersgruppen und nimmt dann relativ stetig mit dem Alter ab. Einzig bei der Altersgruppe 70+ liegt immerhin die Sparfähigkeit, also der theoretisch mögliche monatliche Sparbetrag, oberhalb der Sparnotwendigkeit. Hier wäre also theoretisch möglich, die Sparziele zu erreichen (Abb. 3).

Aus der Umfrage geht ebenfalls hervor, dass Personen mit niedrigeren Einkommen oder Familien mit Kindern nur über einen sehr begrenzten finanziellen Spielraum für regelmäßiges Sparen verfügen – trotz des Bewusstseins für die Notwendigkeit. Hier zeigt sich ein strukturelles Dilemma: Während finanzielle Rücklagen zur Absicherung gegen Risiken und unvorhergesehene Ausgaben sowie zur Altersvorsorge immer wichtiger werden, fehlen genau den Gruppen, die am stärksten auf solche Rücklagen angewiesen wären, oft die Möglichkeiten, diese aufzubauen.

Insgesamt zeigt sich eine deutliche Verfehlung der eigenen Sparziele, was sich insbesondere im Hinblick auf die Altersabsicherung bemerkbar machen kann. Angesichts des demografischen Wandels und der Notwendigkeit, zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung private Vorsorge zu treffen, ist diese Entwicklung ein ernstzu-



Hinweis: Die relative Sparlücke ergibt sich aus dem Verhältnis von Sparnotwendigkeit und Sparvolumen.

Quelle: Kantar, eigene Berechnungen

nehmendes gesellschaftliches Problem. Weiter aufklaffende Spar- oder Vorsorgelücken bergen die Gefahr, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Stabilität zu gefährden und das Erstarken populistischer und extremistischer Parteien zu begünstigen.

Um diesen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, können einerseits Förderinstrumente ausgebaut werden. Vorschläge wie die Frühstart-Rente können, bei zielgerichteter und effizienter Ausgestaltung, einen Beitrag leisten. Dennoch bleibt das Potenzial für politische Unterstützung groß – gerade für diejenigen Gruppen, denen ein eigenständiger Vermögens- oder Rücklagenaufbau kaum möglich ist. Eine zeitgemäße Vermögenspolitik muss es breiteren Bevölkerungsschichten ermöglichen, nachhaltig Vermögen aufzubauen. Dies kann beispielsweise durch steuerliche Anreize, automatisierte Vorsorgemodelle mit gezielter Förderung von Familien mit Kindern oder von Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen sowie durch unbürokratische und vereinfachte oder automatisierte Zugänge aller Berechtigten zu Förderprogrammen (z. B. nach dem „Opt-out“-Prinzip) erreicht werden.

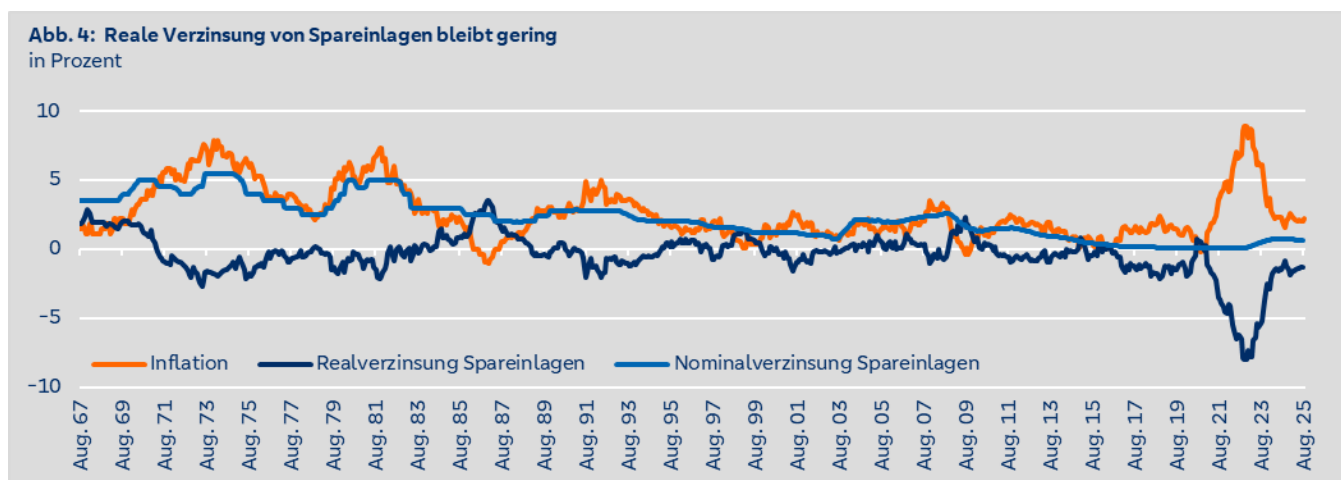
Darüber hinaus ist auch finanzielle Bildung ein zentraler Faktor. Wer die Grundprinzipien des Sparens, des Zinseffekts und des Vermögensaufbaus versteht, kann informiertere Entscheidungen treffen und ist eher dazu befähigt, langfristig Vorsorge zu betreiben. Auch eine qualifizierte Finanzberatung kann dazu beitragen, Hürden in den Bereichen Sparen, Vermögensaufbau oder Geldanlage abzubauen. Dies ist insbesondere für bildungsferne Schichten, junge Menschen am Beginn ihrer Erwerbsbiografie sowie Haushalte mit geringem Einkommen von Bedeutung. Denn gerade hier ist die Lücke zwischen Sparwillen und Sparfähigkeit am größten, was langfristige Konsequenzen haben kann. Jüngste Forschungen zeigen hier auch die Bedeutung zielgruppengerechter Formate, um beispielsweise gezielter auf Unterschiede zwischen Männern und Frauen beim Thema Geldanlage einzugehen.

Die Art des Sparens ist entscheidend – Sicherheit geht häufig vor Rendite

Von Bedeutung ist nicht nur die Tatsache, dass gespart wird, sondern auch die Art und Weise, wie Menschen ihr Geld anlegen. In Deutschland zeigt sich seit Jahren ein relativ stabiles Muster: Einlagen auf Girokonten, Tages- und Festgeld sowie klassische Sparbücher dominieren die Struktur des Geldvermögens privater Haushalte. Daten der Deutschen Bundesbank zur Geldvermögensbildung belegen, dass ein erheblicher Anteil des verfügbaren Geldvermögens in relativ liquiden und risikoarmen Formen gehalten wird – selbst in Zeiten niedriger oder gar negativer Realzinsen.

Diese Präferenz lässt sich auch theoretisch erklären: Schon der Ökonom John Maynard Keynes beschrieb in seiner Liquiditätstheorie unterschiedliche Motive zur Geldhaltung, die auch heute noch helfen, das Verhalten der Sparerinnen und Sparer zu verstehen. Er unterschied zwischen der Transaktionskasse (Geld für laufende und geplante Ausgaben), der Vorsichtskasse (Rücklagen für unvorhergesehene Ereignisse) und der Spekulationskasse (für den gezielten Einsatz bei erwarteten Zins- bzw. Kursveränderungen). In Verbindung mit dem sogenannten magischen Dreieck der Geldanlage – Liquidität, Sicherheit und Rendite – wird deutlich, dass viele Haushalte vor allem auf die ersten beiden Aspekte Wert legen: Sie möchten jederzeit auf ihr Geld zugreifen können und es möglichst ohne Risiko bewahren. Höhere Renditen, die üblicherweise mit höherem Risiko einhergehen, bleiben dabei oft unter den Möglichkeiten.

Ein Blick auf die Entwicklung der Realverzinsung von Spareinlagen – also der Verzinsung nach Abzug der Inflation – zeigt, dass diese über weite Strecken der letzten Jahre bei nahezu null oder sogar im negativen Bereich lag (Abb. 4). Bemerkenswert dabei ist, dass besonders niedrige Realzinsen nicht primär mit Niedrigzinsphasen,



Hinweis: Realzinssätze: bis 2003 Habenzinsen Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist, ab 2003 Realzinssätze Neugeschäft Einlagen privater Haushalte mit vereinbarter Kündigungsfrist bis drei Monate; Nominalzinssätze: bis 2003 Habenzinsen Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist, ab 2003 Effektivzinssätze Einlagen privater Haushalte, vereinbarte Kündigungsfrist bis drei Monate.

Quelle: Deutsche Bundesbank

sondern mit Phasen erhöhter Inflation einhergehen. Beispiele hierfür sind die Inflationsphase der 1970er Jahre oder die jüngste Inflationsphase von 2021 bis 2023. In diesen Phasen steigen zwar die Nominalzinsen, die Teuerungsrate fällt jedoch noch deutlich höher aus. Das führt zu einem schleichenden Wertverlust, insbesondere bei konservativen, also eher kurzfristigeren Anlageformen. Die Höhe der Nominalzinsen ist also wenig aussagekräftig, wichtiger ist ein Blick auf die reale Verzinsung.

Die Wertentwicklung verschiedener Anlageformen des Geldvermögens unterscheidet sich beispielsweise in den erzielten Bewertungsgewinnen oder den Schätzungen zu den tatsächlich erzielbaren Renditen. Insbesondere bei Aktien und Investmentfonds sind hier vergleichsweise hohe Renditen möglich. Studien zufolge liegt die im langfristigen Durchschnitt erzielbare reale Rendite von Aktien und Fonds für deutsche Haushalte bei etwa 5 %. Bei dieser vergleichsweise hohen Rendite im langfristigen Durchschnitt muss jedoch beachtet werden, dass diese Wertpapiere teilweise starken kurzfristigen Schwankungen unterliegen und somit zumindest kurzfristig auch Verlustrisiken beinhalten.

Neben Aktien und Investmentfonds bieten auch Investitionen in Sachvermögen wie die Schaffung von Wohneigentum Renditemöglichkeiten und stellen gleichzeitig eine gute Form der Altersvorsorge dar. Eine weitere Option für risikobewusste Anlegerinnen und Anleger sind Staats- und Unternehmensanleihen. Vor allem bei längerer Laufzeit und stabiler Bonität können hier mittlerweile wieder positive reale Renditen erzielt werden, ohne dass sehr hohe Risiken eingegangen werden müssen. Während die erzielbaren Renditen im Zuge der Niedrigzinsphase stark rückläufig waren, sind sie zuletzt wieder angestiegen. Mit der Erwartung eines weiterhin erhöhten Zinsumfelds dürften sie auch zukünftig oberhalb der Inflation bleiben. Aktuell ist der Anteil von Rentenpapieren am Geldvermögen jedoch sehr gering.

Verschiebungen im Anlageverhalten der deutschen Haushalte werden sichtbar

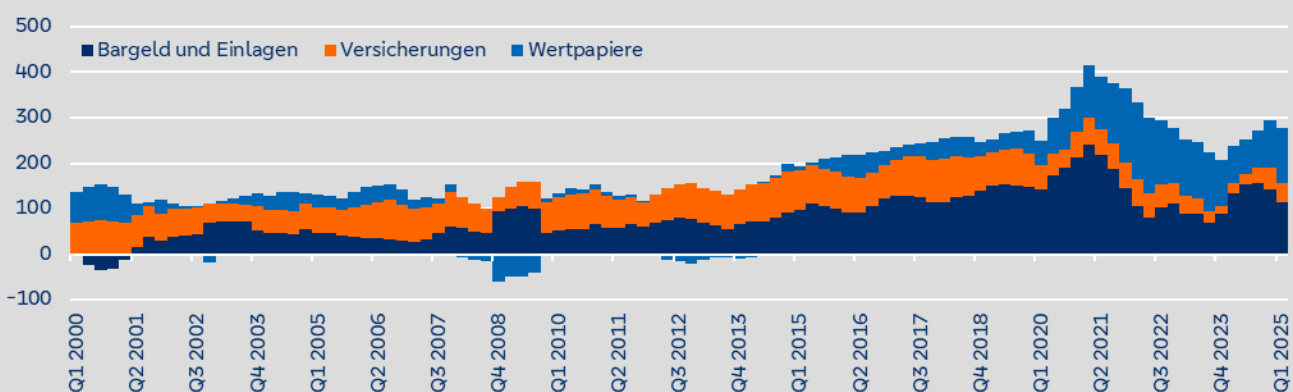
Gleichwohl ist die Geldanlage stets eine individuelle Entscheidung, die von den persönlichen Zielen, der Risikoneigung, dem Anlagehorizont und der Lebenssituation abhängt. Heutzutage steht eine breite Palette flexibler Anlageformen mit breit gestreuten Risiko-Rendite-Profilen zur Verfügung. Tatsächlich lässt sich aber bereits eine Veränderung beobachten: In den letzten Jahren ist die Geldvermögensbildung in Aktien und Fonds spürbar gestiegen – und damit auch ihr gesamter Anteil am privaten Geldvermögen.

Wie Abbildung 5 zeigt, nahm die Geldvermögensbildung in Form von Bargeld und Einlagen bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie kontinuierlich zu. Die Geldvermögensbildung in Versicherungen nahm währenddessen eher ab. Im Nachgang zur Pandemie kam es zu einer deutlichen Zunahme im Bereich der Wertpapiere, die bis heute anhält. Die Zinserhöhungen der EZB sorgten für eine Zunahme der Geldvermögensbildung im Bereich der Termineinlagen.

Überträgt man dies auf die Verteilung des Geldvermögensbestandes, so zeigt sich im Zuge der Inflationsperiode und der Zinserhöhungen ein Rückgang im Bereich der kurzfristigen Einlagen zugunsten der Termineinlagen (Abb. 6). Der Anteil von Versicherungen am Geldvermögen nimmt ebenfalls ab und wird durch Investmentfonds und börsennotierte Aktien kompensiert, die jeweils rund 13 % bzw. 7 % des gesamten Geldvermögens ausmachen. Vor der Pandemie lagen diese Anteile mit rund 9,5 % bzw. 5 % noch deutlich niedriger.

Allerdings muss auch festgehalten werden: Die Statistiken zur Geldvermögensbildung sind aggregierte Größen, die nichts darüber aussagen, wer wie viel Vermögen hält. Und genau hier liegt ein zentrales gesellschaftliches Problem, denn die Verteilung des Geldvermögens in Deutschland ist stark ungleich. Laut Studien der Bundesbank verfügen die vermögensreichsten 10 % der

Abb. 5: Geldvermögensbildung der Privaten Haushalte 4-Quartalssummen in Milliarden Euro

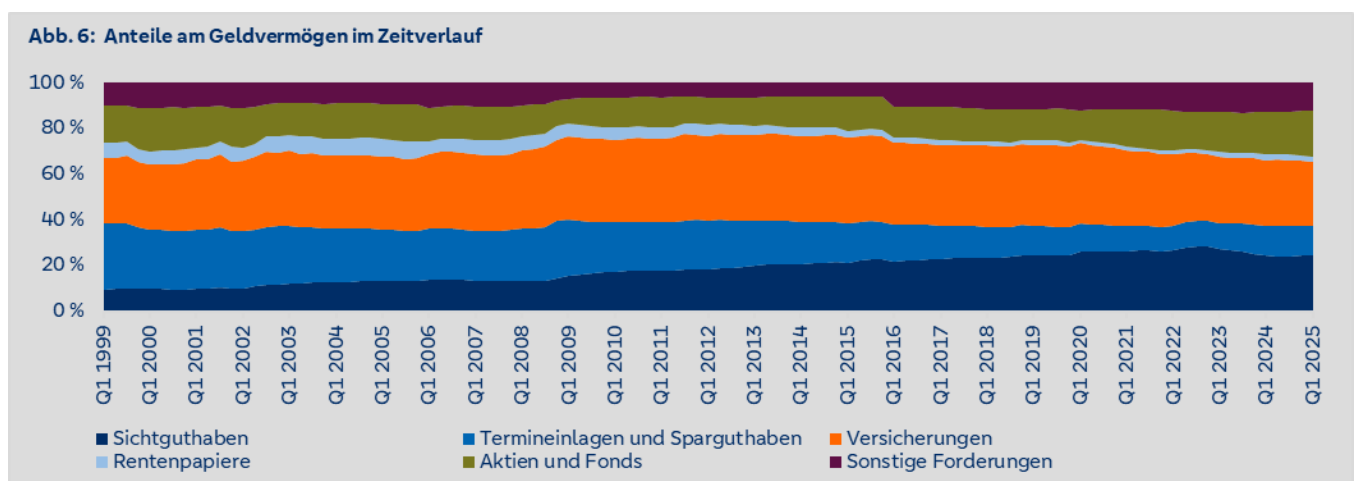


Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

101. Weltspartag: Sparen in unsicheren Zeiten

Haushalte über rund 70 % des gesamten Geldvermögens, während die untere Hälfte der Bevölkerung nur über etwa 1 % verfügt. Besonders besorgniserregend ist, dass gerade in diesen Gruppen die Sparfähigkeit gering ist, während das Risiko von Altersarmut, finanzieller Unsicherheit und fehlender Teilhabe besonders hoch ist.

Die Renditeverteilung ist darüber hinaus höchst ungleich: Wer mehr Vermögen hat, kann es breiter streuen, höhere Risiken eingehen und erzielt dadurch im Durchschnitt auch höhere Erträge. Haushalte mit geringem oder mittlerem Vermögen bleiben dagegen oft in sicheren, aber renditeschwachen Anlageformen. In diesem Bereich besteht Potenzial mit geeigneten Modellen eine breitere Teilhabe an Renditemöglichkeiten zu ermöglichen.



Hinweis: Geldvermögen der privaten Haushalte. Sonstige Forderungen beinhalten sonstige Anteilsrechte.

Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

BVR Inflationsaussichten

Inflationsaussichten unverändert gedämpft

Mit 41 Punkten bleiben die BVR-Inflationsaussichten im Oktober weiterhin unter der neutralen Marke von 50 Punkten. Die seit mehreren Monaten andauernde Bodenbildung und Seitwärtsbewegung setzt sich somit fort.

Die Inflation im Euroraum liegt bereits im Zielbereich der EZB und dürfte diesen in den kommenden Jahren durch Basiseffekte bei den Energiepreisen sowie durch eine Beruhigung der Preissteigerungen bei Dienstleistungen und Nahrungsmitteln sogar unterschreiten. Zwar hat sich die heimische Nachfrage im Euroraum zuletzt deutlich stabilisiert, der Außenhandel bremst jedoch das Wachstum und das geopolitische Umfeld bleibt weiterhin unsicher. Hoffnungen machen die positiveren Wachstumsaussichten in Deutschland. Allerdings müssen diese auch aktiv vorangetrieben werden.

Konjunktur weiterhin schwach

Mit 42 Punkten liegt die Konjunkturkomponente weiterhin unter dem neutralen Wert von 50 Punkten. Im Vergleich zu den Vormonaten deutet sich jedoch eine Aufwärtsbewegung an.

Die Industrieproduktion im Euroraum hat sich zuletzt etwas stabilisiert. Gleichzeitig blieben die Auftragseingänge gedämpft und das Geschäftsklima verschlechterte sich zuletzt wieder leicht. Die Kapazitätsauslastung verharrt auf dem niedrigen Niveau der Vorquartale.

Die konjunkturellen Aussichten hängen stark von den

Entwicklungen der amerikanischen Handelspolitik sowie dem Inkrafttreten der finanzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung ab.

Preisdynamik mit leichtem Rückgang

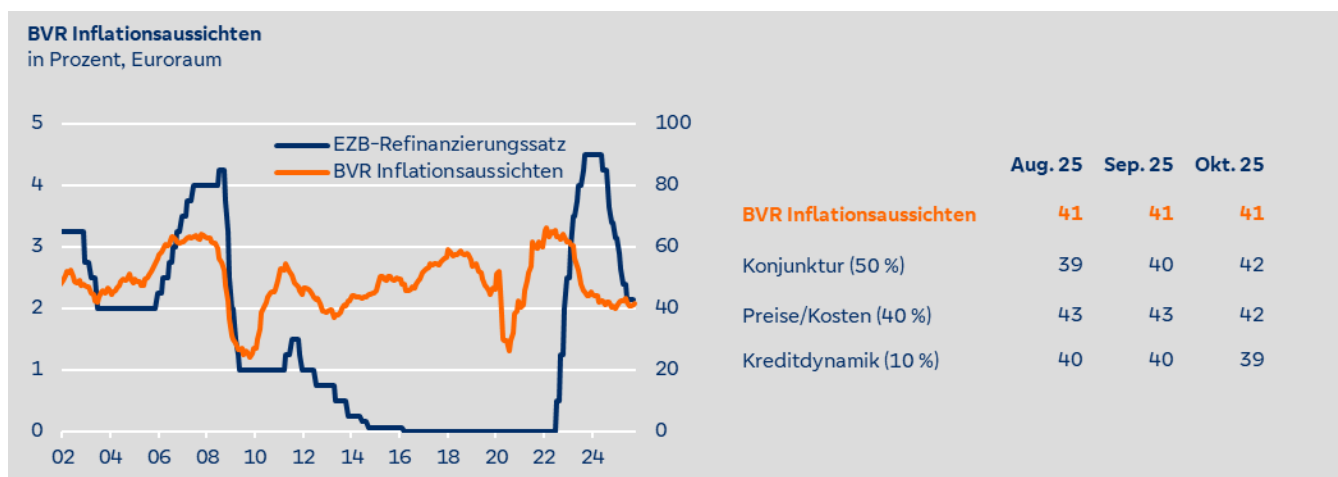
Mit 42 Punkten liegt der Teilindikator für Preise/Kosten ebenfalls weiterhin unter der neutralen Marke von 50 Punkten sowie unter den Werten der Vormonate.

Der Preisdruck der vergangenen Jahre ist nachhaltig zurückgegangen und dürfte vorerst gedämpft bleiben. Das Wachstum der Lohnstückkosten hat sich weiter beruhigt. Der Lohnanstieg im Euroraum dürfte Schätzungen der EZB zufolge im Jahresverlauf noch weiter zurückgehen. Die Preise für Energierohstoffe waren zuletzt volatil, liegen aber aktuell unter den Werten des Vorjahres. Der vergleichsweise starke Euro-Wechselkurs gegenüber den wichtigsten Handelspartnern wirkt preisdämpfend.

Kreditdynamik bleibt verhalten

Der Indikator für die Kreditdynamik ist leicht auf 39 Punkte gesunken. Obwohl sich die Geldpolitik normalisiert hat, bleibt die Dynamik im Kreditgeschäft verhalten.

Das Kreditwachstum im Euroraum für den Privatsektor lag im August bei 2,8 % und war damit unverändert zum Vormonat. Die Kredite an private Haushalte stiegen um 2,5 % und damit etwas stärker als im Vormonat. Auch die Kredite an Unternehmen im Euroraum wuchsen mit 3,0 % etwas stärker.



Die BVR Inflationsaussichten sind ein Indikator für die mittelfristige Inflationsentwicklung im Euroraum mit Werten zwischen null und 100. Der Indikatorwert von 50 ist mit dem Erreichen des impliziten Inflationsziels der EZB von 2 % verbunden. Geringere (höhere) Werte signalisieren eine geringere (höhere) mittelfristige Inflationstendenz. Die Konjunkturkomponente enthält die Industrieproduktion, den Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe, das Wirtschaftsklima und die Kapazitätsauslastung im Euroraum. Die Komponente für Preise/Kosten beinhaltet den HWWI-Energiepreisindex, die Lohnstückkosten und den handelsgewichteten Euro-Wechselkurs. Die Kreditdynamik wird anhand der Jahreswachstumsrate der Kredite an Unternehmen und Privathaushalte gemessen.

Quelle: BVR, LSEG Workspace

BVR Konjunkturbarometer

Barometer bei mittleren 64 Punkten

Die konjunkturelle und strukturelle Schwäche der deutschen Wirtschaft dauert noch immer an. Gleichwohl steigt mit den sich abzeichnenden Wachstumsimpulsen der Bundesregierung die Chance auf eine allmähliche Überwindung der hartnäckigen Flaute. Insbesondere die geplanten staatlichen Mehrausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz, aber auch weitere Maßnahmen – wie die des Investitionsboosters und des jüngst vom Bundeskabinett beschlossenen Modernisierungspakets für Staat und Verwaltung – dürften perspektivisch zu einer Belebung beitragen.

Dass die Wirtschaftsflaut in Deutschland noch immer nicht überwunden ist, legt auch der Verlauf des BVR Konjunkturbarometers nahe. Das Barometer ist zwar von (leicht aufwärtsrevidierten) 55 Punkten im August auf (ebenfalls aufwärtsrevidierte) 64 Punkte im September gestiegen und wird nach aktuellem Datenstand im Oktober auf diesem Wert verharren. Es befindet sich damit aber noch immer in einem mittleren Bereich, der weder auf einen merklichen Anstieg noch auf einen merklichen Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) schließen lässt.

Aufgehellte Stimmungsindikatoren

Grund für den Anstieg des BVR Konjunkturbarometers im September war seine Stimmungskomponente. So hat sich das Verbrauchervertrauen in Deutschland etwas aufgehellt, befördert unter anderem durch weiter zu-

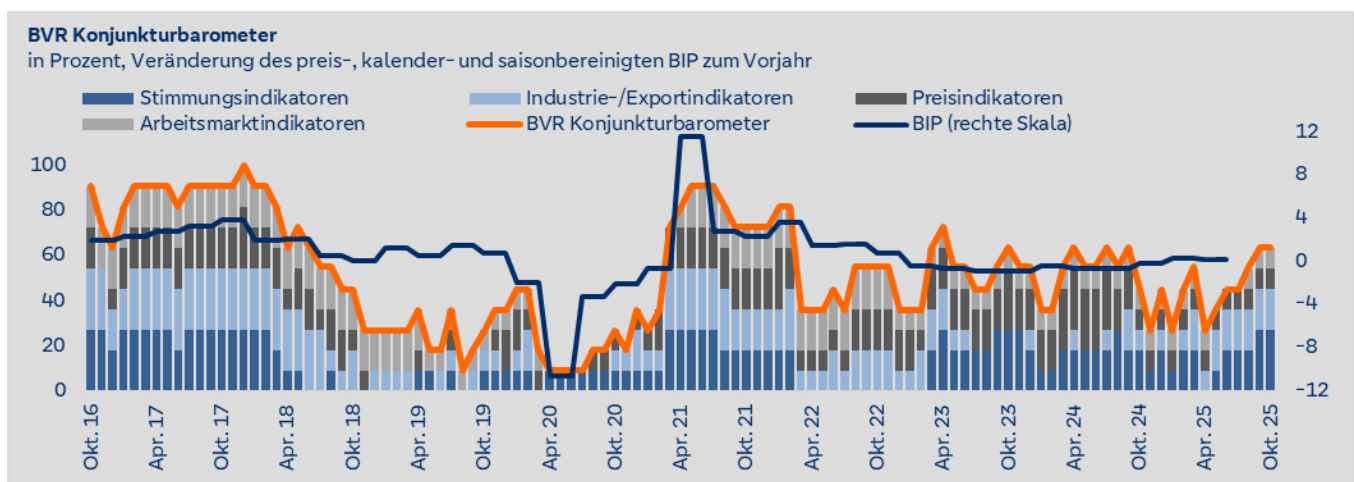
nehmende Realeinkommen. Der entsprechende Vertrauensindikator lag im Zuge der Aufhellung im September wieder über seinem Vorjahresmonatsstand, ebenso wie die ZEW-Konjunkturerwartungen und der ifo Geschäftsklimaindex. Somit geht von den eingezogenen Stimmungsindikatoren unisono eine Steigerungswirkung auf das BVR Konjunkturbarometer aus.

Das Geschäftsklima hat sich im September zwar verschlechtert, wozu unter anderem die militärischen Provokationen auf Nato-Bündnisgebiet und die vielfach verminderten Wachstumsprognosen der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute beigetragen haben dürften. Es war jedoch zuvor sechs Monate in Folge gestiegen, nicht zuletzt wegen der erwarteten Fiskalimpulse und der niedrigeren Leitzinsen.

Moderate Steigerungswirkung von den anderen Barometer-Komponenten

Im Vergleich zu den Stimmungsindikatoren üben die anderen Barometer-Komponenten eine weniger deutliche Steigerungswirkung aus. Die Industrieproduktion und die Warenausfuhren übertrafen zuletzt ihre Vorjahresmonatsstände, was auf eine Bodenbildung der Industriekonjunktur deutet. Der Industrie-Auftragseingang lag zuletzt im Vorjahresvergleich jedoch noch im Minus.

Von den in das Barometer einbezogenen Preis- und Arbeitsmarktindikatoren lagen jüngst lediglich das Aktienbarometer DAX und die Erwerbstätigenzahl im Plus.



Das BVR Konjunkturbarometer ist ein Indikator für die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands und kann Werte zwischen null und 100 annehmen. Es verdichtet die Signale von 3 Stimmungskindikatoren (ifo Geschäftsklima, ZEW-Konjunkturerwartungen, Verbrauchervertrauen), 3 Industrie-/Exportindikatoren (Industrie-Auftragseingang, Industrieproduktion, Ausfuhren), 3 Preisindikatoren (DAX, Geldmarktzins, Rohölpreis) und 2 Arbeitsmarktindikatoren (Erwerbstätige, Offene Stellen). Als Diffusionsindex misst das BVR Konjunkturbarometer den prozentualen Anteil der Indikatoren an allen 11 einbezogenen Indikatoren, die gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen sind. Liegen für einen Indikator aktuell noch keine Werte vor, wird das Signal des Vormonats verwendet.

Quelle: BVR, LSEG Workspace

**Bundesverband
der Deutschen
Volksbanken und
Raiffeisenbanken**

Schellingstr. 4
10785 Berlin

Ansprechpartner
Dr. Andreas Bley

Abteilung Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik
Telefon: (030) 2021-1500

E-Mail: volkswirtschaft@bvr.de
Internet: www.bvr.de